

Von Ludger Möllers

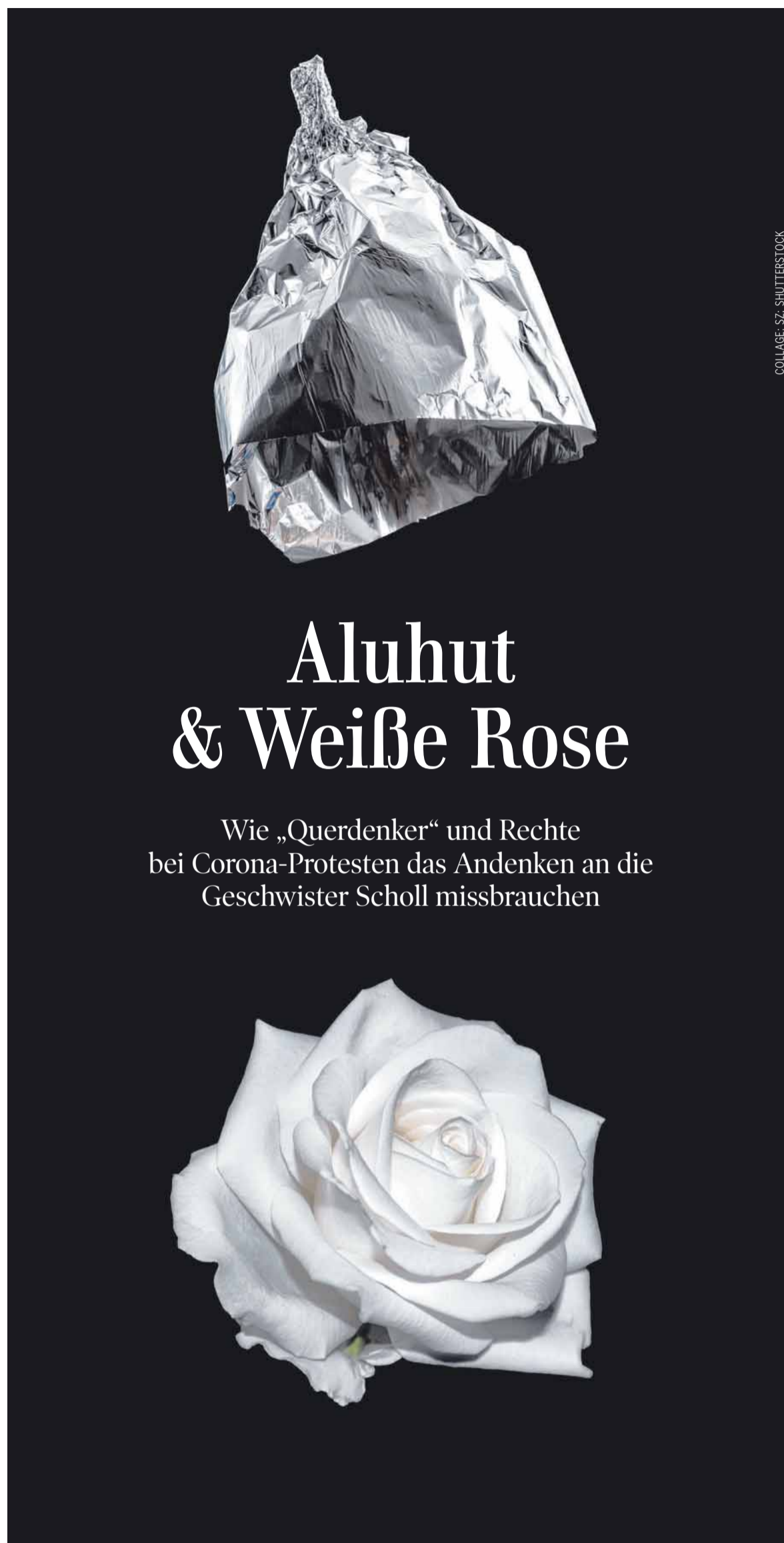
ULM - „Wir schweigen nicht. Wir sind euer schlechtes Gewissen. Die Weiße Rose läßt Euch keine Ruhe!“ Die Geschwister Hans und Sophie Scholl sind in Ulm, wo sie aufgewachsen sind, präsent: Nicht nur auf dem Münsterplatz vor dem Haus 33, wo einst das Wohnhaus der Familie stand, wird mit einem Zitat aus einem Flugblatt der Bewegung „Weiße Rose“ an die im Jahr 1943 durch das Naziregime ermordeten Widerstandskämpfer erinnert. Ein zentraler Platz in der Stadt ist nach ihnen benannt, ebenso ein Gymnasium.

Umso empfindlicher reagiert die Ulmer Stadtgesellschaft, wenn das Gedenken durch Dritte instrumentalisiert wird: Jetzt hat die Initiative „Querdenken-731“, die gegen die Maskenpflicht in Deutschland protestiert, auf Plakaten Umarmungen statt Distanz fordert oder anzweifelt, dass es die Corona-Pandemie überhaupt gibt, mit einem Zitat der „Weißen Rose“ zu einer Demonstration eingeladen: „Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique ‚regieren‘ zu lassen.“ Auch hatten die Ulmer „Querdenker“ den Leutkircher Kreisrat Julian Aicher, einen von sechs Neffen der Geschwister Scholl, als Redner eingeladen. Die Empörung in der Donaustadt ist groß, die Veranstalter rudern zurück.

Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch kritisiert scharf: „Die Form, wie auch in AfD- und Identitären-Kreisen Zitate aus den Flugblättern von Hans und Sophie Scholl gebraucht werden, stellt für mich einen Missbrauch dar, geradezu eine Verhöhnung der Ideale dieser jungen Menschen, die sich unter Einsatz ihres Lebens gegen ein menschenverachtendes Regime gestellt haben. Sich mit ihnen auf eine Stufe zu stellen und von ‚Widerstand‘ zu salbadern, ist anmaßend.“

So richtig versteht Markus Haintz, Rechtsanwalt in Ulm und einer der Initiatoren der „Querdenken-731“, die Aufregung um die Flugblätter und den Redner Julian Aicher nicht. Wohin die Politik seiner Ansicht nach eines Tages führen wird, ist ihm klar: in einen „Schießbefehl“. Dieser Begriff, der untrennbar verbunden ist mit den Todesschüssen an der einstigen innerdeutschen Grenze, findet sich auf einem Plakat, das Haintz bei der Kundgebung im August in Berlin hochhielt. Ein Video, das auf der Facebook-Seite „So werden wir dumm gehalten“ zu sehen ist, zeigt ihn neben der Kundgebungsbühne auf der Straße des 17. Juni und auch ein Plakat, auf dem zu lesen steht: „Polizisten! Auch zu euch kommen Impfwang, Organspendepflicht und zum Schluss der Schießbefehl!“ Unter dem Video der Facebook-Seite sind als Hashtags aufgeführt: #Polizeistaat, #Diktatur, #Propaganda, #MarkusHaintz. Im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ räumt Haintz ein: Ein anderes Zitat hätte man wählen können, sicher, es gebe in den „Weißen Rose“-Flugblättern ja genug Stoff. Aber dann legt der Jurist nach: „Vergleichbare Situationen hatten wir in den 20er- und 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts, es gibt leider Parallelen zu heute.“ Deutschland werde seit einem halben Jahr mit Verordnungen regiert: „Am Parlament und der Opposition vorbei, die Gesundheitsminister haben das Sagen.“

Entscheidende Merkmale der Demokratie fehlen nach seiner Meinung: „Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist massiv eingeschränkt, es gibt keine echte Gewaltenteilung mehr, der gesellschaftlich-politische Pluralismus ist (besser: für längere Zeit) de facto abgeschafft, die parlamentarische Opposition ist durch die Änderungen im Infektionsschutzgesetz massiv geschwächt worden, eine einzige ‚Ideologie‘ (Corona) beherrscht das Land.“ Auf seinem Telegram-Kanal zitiert Haintz Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetz-



COLLAGE: SZ, SHUTTERSTOCK

Aluhut & Weiße Rose

Wie „Querdenker“ und Rechte bei Corona-Protesten das Andenken an die Geschwister Scholl missbrauchen



Protestkundgebung der Initiative „Querdenken 711“ auf dem Cannstatter Wasen: Kritiker werfen der Bewegung vor, unter anderem „Reichsbürger“ und Antisemiten anzuziehen.

FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

zes, in dem es heißt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Die Gerichtsurteile in den Hauptsacheverfahren gegen die Corona-Verordnungen werden nach Haintz' Meinung zeigen, ob „andere Abhilfe“ – durch die Gerichte – noch möglich ist, was er hoffe.

Nicola Wenge, Leiterin des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg, ist von Berufs wegen mit der Geschichte der „Weißen Rose“ vertraut. Im Fort Oberer Kuhberg, Teil der Bundesfestung Ulm am westlichen Stadtrand, befand sich von November 1933 bis Juli 1935 ein

Konzentrationslager. Wenge hat das DZOK zu einem Forschungs-, Lern- und Bildungszentrum, zum Ort kritischer Information zu zeit-historischen und aktuellen Themen sowie einer Stätte zivilgesellschaftlicher Diskussion ausgebaut. Sie analysiert: „Gleichgesetzt werden die zeitweisen, coronabedingten Freiheitseinschränkungen in einer funktionierenden Demokratie, in der Demonstrationsrecht, Klage-möglichkeit vor Gericht und Meinungs-freiheit gelten, mit der NS-Diktatur, die ihre Kritiker systematisch und massenhaft in KZ und Zuchthäuser einsperrte und deren politische Sonderjustiz Tausende Todesurteile vollstreckte.“

Auch die Kritik der „Querdenker“ an den staatlichen Maßnahmen gegen die Pandemie kann Wenge nicht akzeptieren: „Gleichgesetzt wird eine Demokratie, die zwischen dem Schutz der Gesundheit und der Freiheit ihrer Bürger abwägt, mit einem Regime, in dem weder individuelle Gesundheit noch Freiheit das Geringste zählten. Gleichgesetzt werden heutige Politiker mit millionenfachen Kriegsverbrechern und Holocaust-Verantwortlichen. Das ist zugleich eine empörende Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen wie ein gefährlicher Angriff auf die heutige Gesellschaft.“

Es sind nicht die ersten Versuche politischer Kräfte vor allem des Rechtsaußen-Spektrums, sich des geistigen Erbes der Geschwister Scholl zu bemächtigen. Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch postete im Mai 2016: „Die Scholls waren konservativ, christlich und widerspenstig – sehr sympathisch. #WeißeRose.“ Und fügte hinzu: „Was wir sagten und schrieben, denken ja so viele. Nur wagen sie nicht, es auszusprechen. Sophie #Scholl.“ Dafür erntete sie empörte Reaktionen im Netz.

Im Landtagswahlkampf 2016 hatte der Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Ulm-Alb-Donau, Eugen Ciresa, in der damals 15 000 Mitglieder starken Facebook-Gruppe „Du weißt, dass du aus Ulm/Neu-Ulm bist ...“ zum 73. Jahrestag der Hinrichtung von Hans und

Sophie Scholl geschrieben: „Diesem kämpferischen Geist sehen wir uns in Ulm verpflichtet. Damals wie heute lief in Deutschland etwas aus dem Ruder, lasst uns gemeinsam dagegen antreten.“ Vertreter aus Politik und Kirchen wandten sich damals gegen den Versuch der AfD, das geistige Erbe der Geschwister Scholl zu vereinnahmen. Dies sei eine „bodenlose Unverschämtheit“ (der damalige OB Ivo Gönner), „infam“ (der evangelische Dekan Ernst-Wilhelm Gohl) und der „Gipfel der Frechheit und für demokratische Kräfte nicht hinnehmbar“ (der Ulmer SPD-Landtagsabgeordnete Martin Rivoir).

Zurück ins Jahr 2020. Nicht nur mit Zitaten aus den „Weißen Rose“-Flugblättern, auch mit einem prominenten Redner aus der Scholl-Familie wollte „Querdenken-731“ eine geistige Linie zwischen der Kritik an Anti-Corona-Maßnahmen und dem Widerstand gegen Hitler ziehen: Zur einer Demonstration am 20. September in Ulm wurde der Ravensburger ÖDP-Kreisrat, freie Journalist, Texter und Filmemacher Julian Aicher als Redner, vor allem aber als „Neffe Sophie Scholls“ angekündigt. Aicher, der Sohn des international bekannten Designers Otl Aicher und der Gründerin der Ulmer Volkshochschule, Inge Aicher-Scholl, war zuvor unter anderem bei Demonstrationen in Leutkirch, Ravensburg, Kempten und Forchtenberg, dem Geburtsort Sophie Scholls, aufgetreten. Mittlerweile haben ihn vier der sechs weiteren Scholl-Neffen eindringlich gebeten, nicht weiter mit seinen Verwandtschaftsverhältnissen politisch zu agieren. Er relativiert: „Aus meinen Aussagen – etwa bei meiner Rede in Forchtenberg bei ‚Querdenken‘ geht eindeutig hervor, dass ich einen klaren Unterschied mache zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik Deutschland.“ Er habe das „Leiden der Mitglieder der ‚Weißen Rose‘ in keiner Weise gleichgesetzt mit den staatlichen Bedingungen für die gegenwärtigen Proteste in Deutschland.“

Im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ bekräftigt Aicher seine politischen Positionen: „Wenn der Anwalt und ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Baum die Anti-Corona-Maßnahmen als verfassungswidrig bezeichnete, dann heißt es: aufpassen. Und vielleicht auch: aufwachen und aufstehen – für die Grundrechte.“ Er, Aicher, sehe die Würde des Menschen angetastet. Die Verhältnismäßigkeit sei nicht gegeben: „Bisher gab es im Landkreis Ravensburg sieben Todesfälle durch Covid-19, aber auch 13 Verkehrstote im Jahr 2019!“ Aicher erinnert sich: „Sowohl in der Schule und Hochschule als auch von meinen Eltern hörte ich vielfach: Die im Grundgesetz garantierten Grundrechte sind die tragenden Säulen unseres Rechtsstaats. Brechen sie weg, wird die Demokratie zerstört. Im März, April und Mai 2020 schien die Demokratie zumindest in großer Gefahr gewesen zu sein. Und deshalb war es auch so wichtig, dass das Bundesverfassungsgericht friedliche und öffentliche Kundgebungen im Freien erlaubt hat.“

Nicola Wenge, die Historikerin aus Ulm, widerspricht auch hier: „Die Bundesrepublik ist weder totalitär noch ein Unrechtsstaat. Die Verantwortlichen treffen eine schwierige Abwägung verschiedener elementarer Güter: dem Schutz von Gesundheit und Leben einerseits und dem Schutz der Freiheitsrechte andererseits. Diese Abwägung wird – blickt man auf andere Länder – verantwortungsvoll, da zeitlich begrenzt und rechtsstaatlich kontrolliert, getroffen.“

Das Gastspiel Aichers empört auch den SPD-Landtagsabgeordneten Martin Rivoir: „Es ist erschütternd, stilllos und unappetitlich, dass wieder jemand der Nachfahren den Namen der ‚Weißen Rose‘ missbraucht, um fragwürdige Politik zu machen.“ Die Initiative

„Querdenken-731“ schare Holocaustleugner, „Reichsbürger“ und andere Rechtsradikale um sich. „Aicher kann in unserem Land machen, was er will, aber sein Treiben durch einen Hinweis auf seine Tante aufwerten zu wollen, ist unanständig.“ Und der grüne Landtagsabgeordnete Jürgen Filius ergänzt: „Die ‚Querdenken-731‘-Anhänger können nur deswegen demonstrieren, weil sie in einer Demokratie leben!“

Mit der Kritik an Haintz und Aicher sind Rivoir und Filius nicht allein: Über 40 Prominente, unter ihnen Florian Aicher, ein Bruder des Redners, haben eine Resolution unterzeichnet, die den Auftritt Aichers verurteilt: „Wir (...) empfinden die (...) Demonstration von ‚Querdenken-731‘ mit ausdrücklichen Bezügen zur ‚Weißen Rose‘, der Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, als historisch-politische Erbschleicherei. Bei aller Notwendigkeit, politische Themen kontrovers zu diskutieren, steht für

uns eines völlig außer Frage: Eine Traditionslinie von ‚Querdenken-731‘ zur Widerstandsgruppe ‚Weißen Rose‘ besteht nicht.“ Man erlebe den „durchsichtigen Versuch, den Widerstand gegen eine menschenverachtende Diktatur in einer völlig anderen Konstellation für die eigenen Zwecke zu missbrauchen. Diesem

Versuch widersetzen wir uns in aller Schärfe.“ Es dürfe und müsse darüber diskutiert werden, ob die ergriffenen Maßnahmen gegen Corona richtig waren. Wer den politisch handelnden Personen aber unterstellt, sie würden leichtfertig und mit „finsternen Absichten“ eine Diktatur in Deutschland einführen wollen „hat offensichtlich so große Probleme mit der Wahrnehmung der Realität, dass man ihn nicht mehr ernst nehmen kann“.

An diesem Wochenende sollen die Proteste weitergehen: „Querdenker“ und Gegendemonstranten kommen am 3. und 4. Oktober an den Bodensee. Allein die Stadtverwaltung Konstanz rechnet mit mehr als 25 000 Teilnehmern. Es sind 27 Demos und Gegenaktionen angemeldet. Die Ulmer Historikerin Nicola Wenge warnt davor, in Konstanz und bei der Menschenkette um den Bodensee Bezug auf die „Weiße Rose“ zu nehmen: „Der ‚Widerstand‘ von ‚Querdenken‘ ist Etikettenschwindel und der Flyer ein übler Versuch geschichtspolitischer Instrumentalisierung. Daher sind auch Kritikerinnen und Kritiker der Corona-Maßnahmen aufgefordert, sich ab sofort konsequent und öffentlich von ‚Querdenken-731‘ zu distanzieren.“

Widerstand und Courage

Die „Weiße Rose“ war eine Widerstandsgruppe an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, die im Zweiten Weltkrieg gegen den Nationalsozialismus auftrat. Ihre bekanntesten Mitglieder waren die Geschwister Hans und Sophie Scholl, die einen Teil ihrer Kindheit in Ulm verbrachten. Von Sommer 1942 bis Februar 1943 verfasste und verteilte die Gruppe sechs Flugblätter gegen das NS-Regime. Sie machte auch den Massenmord an den Juden in Osteuropa publik. Am 18. Februar 1943 wurden die Geschwister Scholl beim Auslegen des sechsten Flugblatts in der Ludwig-Maximilians-Universität von einem Universitätsdiener entdeckt und der Polizei ausgeliefert. Vier Tage später wurden sie nach einem Schauprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet. Weitere Verhaftungen und Prozesse folgten. Das sechste Flugblatt gelangte über andere Widerständler nach London und wurde später von der britischen Luftwaffe in vielen Exemplaren über Deutschland abgeworfen. (mö)